

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Literatur	23
Abkürzungen	33

Einleitung

Übersicht	37
-----------------	----

Erster Titel: Beurkundungen im Jugendamt

A. Allgemeiner Teil	39
I. Der verfahrensrechtliche Rahmen: Beurkundungsgesetz als Verfahrensgesetz	39
II. Der gegenständliche Rahmen: Abschließende Aufzählung der Urkundsermächtigungen	43
III. Der organisatorische Rahmen: Erteilung der Urkundsermächtigung und die Stellung der Urkundsperson	48
1. Rechtsgrundlagen	48
a) Beurkundungsermächtigung als Pflichtaufgabe des Jugendamts	48
b) Anforderungen an die Qualifikation der Urkundspersonen	48
c) Ermächtigung nur an Fachkräfte des Jugendamts	50
2. Eigenständige Stellung der Urkundsperson und Weisungsfreiheit	51
3. Besondere Amtspflichten	52
a) Unparteilichkeit	52
b) Ablehnungsgründe für Amtstätigkeit	53
aa) Erkennbar unerlaubter oder unredlicher Beurkundungszweck	53
bb) Inhaltlich verfehlte Beurkundungsverlangen	54
cc) Wunsch nach Ersetzung eines Urkundstitels gegen den ausdrücklichen Gläubigerwillen	54
dd) Kein Ablehnungsrecht bei „biologisch unwahren“ Vaterschaftsanerkennungen ..	56
ee) Kein generelles Ablehnungsrecht bei Bezug zu Leihmutterschaften	57
ff) kein Ablehnungsrecht einer Vaterschaftsanerkennung in Inzest-Fällen	63
gg) Amtspflicht zur Niederschrift von Sorgeerklärungen bei irrelevanten Bedenken ..	63
c) Persönliche Ausschlussgründe von der Beurkundung	64
d) Verschwiegenheitspflicht	64
e) Datenschutz	65
aa) Allgemeine Grundsätze	65
bb) Amtshilfe durch Urkundspersonen	66
cc) Keine Information von Strafverfolgungsbehörden	67

Inhaltsverzeichnis

dd) Mitteilungspflichten gegenüber Ausländerbehörden	67
ee) Zeugnisverweigerungsrechte	68
e) Mitwirkungsverbot wegen „Vorbefassung“?	69
IV. Grundbegriffe der Urkundstätigkeit:	70
1. Zuständigkeit der Urkundsperson	70
a) Örtliche, sachliche, funktionelle	70
b) Rechtsfolgen der Verletzung der Zuständigkeit	73
2. Beurkundung und Beglaubigung als Erscheinungsformen der „öffentlichen Urkunde“ (§§ 415, 418 ZPO); Beweiskraft; Bedeutung des Ausdrucks „öffentlich“	73
V. Öffentliche Beurkundung	74
1. Anwendungsbereich	74
2. Form und Mussvorschriften	75
3. Form und Sollvorschriften	79
4. Schreibweise ausländischer Eigennamen oder Ortsbezeichnungen	80
5. Urschrift der Urkunde	81
VI. Öffentliche Beglaubigung	83
1. Keine Beglaubigungszuständigkeit der Urkundsperson nach § 59 Abs. 1 SGB VIII	83
2. Keine „freihändige“ Befugnis zu sonstigen öffentlichen Beglaubigungen	84
3. Grundzüge der öffentlichen Beglaubigung	84
4. Abgrenzung von „öffentlicher“ zu „amtlicher“ Beglaubigung	85
5. Keine Beglaubigungsnotwendigkeit bei behördlichem Siegelbeidruck	85
6. Unterschied im Verbleib der Urschrift bei Beglaubigung und Beurkundung	86
VII. Die Ausfertigung	87
1. Allgemeine Bedeutung	87
2. Wesen der Ausfertigung	87
3. Zuständigkeit zur Erteilung	89
4. Recht auf Erteilung	89
5. Abgrenzung zur vollstreckbaren Ausfertigung	89
VIII. Fehlerberichtigung bei der Erteilung von Ausfertigungen	90
1. Grundsätze des Nachtragsvermerks	90
2. Voraussetzungen der offensichtlichen Unrichtigkeit	91
3. Wesen des Nachtragsvermerks	92
4. Gewährung rechtlichen Gehörs	92
5. Voraussetzung und Form der Berichtigung von Feststellungen der Urkundsperson	93
6. Kein Rechtsbehelf gegen Ablehnung der Berichtigung	97
IX. Ersetzung zerstörter oder abhandengekommener Urschriften	97
1. Allgemeines	97
2. Rechtsschutzinteresse an Ersetzung	99
3. Tatsächliche Grundlage der Ersetzung	99
4. Anhörung	100

5. Vorgang der Ersetzung	100
6. Folgen der Ersetzung (Mitteilung; späteres Auffinden der Urschrift)	101
7. Rechtsbehelfe	101
X. Die beglaubigte Abschrift	102
1. Rechtliche Bedeutung	102
2. Zuständigkeit zur Erteilung	103
3. Erstellung der beglaubigten Abschrift	104
XI. Siegelung und sonstige Anforderungen an die Herstellung von Urkunden	105
1. Arten von Siegeln	105
2. Drucktechnisch erzeugte Behördensiegel	106
3. Verbindung von Urkundsblättern durch Schnur und Prägesiegel	107
4. Vorgaben für die Gestaltung des Prägesiegels und des Heftgarns	110
5. Technischer Vorgang der Heftung	110
6. Weitere Anforderungen an die Herstellung von Urkunden und Abschriften	111
XII. Urkundstätigkeit in Sonderfällen	112
1. Sprachkundige	112
a) Notwendiges Sprachverständnis der Beteiligten	112
b) Übersetzungspflicht	113
c) Übersetzung durch Urkundsperson?	114
d) Vorschriften bei der Zuziehung eines Dolmetschers	115
e) Probleme bei mitgebrachten Dolmetschern	116
f) Mitwirkungsverbote für Dolmetscher	116
g) Anforderungen an die konkrete Sprachmittlung durch den Dolmetscher	117
h) Auffinden geeigneter berufsmäßiger Dolmetscher	118
i) Zulässigkeit von Sammelterminen mit spezialisierten Dolmetschern	118
j) Nur virtuelle Dolmetscheranwesenheit durch elektronische Zuschaltung?	119
k) Pflicht zur zusätzlichen schriftlichen Urkundenübersetzung?	120
l) Zwischenfazit:	120
m) Kosten der Dolmetscherhinzuziehung	121
n) Formularmäßige Standardbelehrungen in Fremdsprachen	122
o) Bezeichnung des Dolmetschers in der Urkunde	122
2. Schreibunfähige, Taube, Sehbehinderte, Stumme	123
a) Hinzuziehung einer zweiten Person bzw. einer Vertrauensperson bei bestimmten Behinderungen	123
b) Gebärdensprachdolmetscher	124
c) Schreibunfähige	125
d) Hörbehinderte	125

XIII. Kostenfreiheit	126
1. Das Prinzip und seine Begründung	126
2. Landesrechtliche Ausnahmen	126
3. Kontraproduktive Wirkungen von Gebührenerhebungen für jugendamtliche Beurkundungen	127
4. Kostenfreiheit auch für Dolmetscherhonorare	128
XIV. Prüfungspflichten zur Identität der Beteiligten	128
1. Allgemeine Rolle der Urkundsperson	128
2. Grundsätzliche Pflicht zur Identitätsprüfung	128
3. Familienstand kein Identitätsmerkmal	131
4. Exkurs I: Gültigkeit im Ausland geschlossener Ehen	133
5. Exkurs II: Echtheitsprüfung ausländischer Personenstandsurkunden	134
a) Maßstab der Echtheitsbeurteilung durch § 438 ZPO	134
b) Bedeutung der Legalisation einer ausländischen Urkunde	134
c) Ausnahmen von der Anforderung des Echtheitsnachweises einer ausländischen Urkunde durch Legalisation	135
aa) VO (EU) 2016/1191 zur Vereinfachung der Anforderungen an die Vorlage bestimmter öffentlicher Urkunden	135
bb) Apostille im Verhältnis zu Drittstaaten	136
cc) Sonstige zumeist bilaterale Abkommen	136
d) Keine Ausstellung von Legalisationen durch deutsche Auslandsvertretungen in bestimmten Dritte-Welt-Staaten	136
e) Ausweg durch freie Beweiswürdigung	137
6. Identitätsnachweis regelmäßig durch amtliche Ausweise	137
a) Grundsätze	137
b) Reaktion auf vorgelegten erkennbar gefälschten Ausweis	138
c) Zum Identitätsnachweis nicht oder nur bedingt geeignete Dokumente	140
d) Zur Bezeichnung des Ausweisdokuments in der Urkunde	142
e) Übereinstimmung von Namensführung der Beteiligten in Ausweis und Urkunde	143
f) Notwendigkeit der Beurkundung auch bei Identitätszweifeln	145
g) Sonderprobleme der Identitätsfeststellung	147
h) Eindeutige Bezeichnung auch von nur mittelbar Beteiligten (Kinder)	149
i) Identitätsfeststellung bei Beglaubigungen	150
XV. Prüfungspflichten zur Geschäftsfähigkeit	150
1. Allgemeine Anforderungen an Feststellungen der Urkundsperson hierzu	150
2. Stufen der Geschäftsfähigkeit	150
3. Geschäftsunfähigkeit und ihre Folgen	150
4. Geschäftsfähigkeit als Regelfall	152
5. Notwendige Ermittlungen zur Geschäftsfähigkeit im Einzelfall	152
6. Bedeutung eines Ankreuzkästchens zur Geschäftsfähigkeit in Urkundenvordrucken	153
7. Vorübergehende Bewusstseinstörung durch Alkohol oder Fieberzustände	154

8. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	155
9. Wirkungen einer rechtlichen Betreuung	155
10. Verhalten bei Zweifeln an der (unbeschränkten) Geschäftsfähigkeit	158
11. Geschäftsfähigkeit und Beglaubigung	159
XVI. Prüfungspflichten zur Legitimation	159
1. Bevollmächtigung	159
a) Grundsätzliches	159
b) Form der Bevollmächtigung	159
c) Behandlung vorgelegter Vollmachten	160
d) Im Termin nur behauptete und später nachgereichte Vollmacht	161
2. Gesetzliche Vertretung	161
XVII. Prüfung anderer Wirksamkeitsprobleme aus materiellem Recht	163
XVIII. Prüfung der Anwendbarkeit ausländischen Rechts	164
XIX. Belehrungspflicht	167
1. Zweck der Pflichten zu Belehrung und Sachverhaltsaufklärung	167
2. Inhalt der Rechtsbelehrung	168
3. Abgrenzung von Belehrung und Beratung	169
4. Adressaten der Belehrung	170
5. Feststellungen zur Belehrung in der Niederschrift	171
XX. Urkundenverzeichnis und Namensregister sowie EDV-Fragen	172
1. Rechtliche Vorgaben zum Urkundenverzeichnis	172
2. Versehentlich doppelt vergebene Urkundsnummern	173
3. Namensverzeichnis	174
4. Vorkehrungen gegen nachträgliche Veränderungen	175
5. Empfehlenswerte Orientierung der Urkundspersonen an der DONot	176
XXI. Art der Aufbewahrung und Aufbewahrungsfristen	176
1. Grundsätze zur Verwahrung von Urschriften (auch als elektronisches Dokument)	176
2. Allgemeines zu Aufbewahrungsfristen	180
3. Unterhaltstitel	181
4. Abstammungsbeurkundungen	183
5. Sorgeerklärungen	183
6. Nebenakten	184
7. Schriftverkehr des Sorgeregisters	184
XXII. Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Urkundstätigkeit	185
1. Grundlegendes	185
2. Rechtsweg zum Landgericht statt zum Verwaltungsgericht	186
3. Nicht überzeugende Gegenposition u.a. des LG Wuppertal	187
4. Beschwerde gegen die Ablehnung der Vollstreckungsklausel und bezüglich bestimmter urkundstechnischer Amtshandlungen	189
5. Von der Urkundsperson zu beachtende Verfahrensvorschriften	190

XXIII. Konkurrierende Urkundszuständigkeiten	192
1. Überblick	192
2. Grundsätzliche Austauschbarkeit der Zuständigkeiten	193
3. Urkundsakte ausländischer Stellen	194
a) Vaterschaftsanerkennungen vor privilegierten Behörden gem. Übereinkommen vom 14.9.1961	194
b) Anforderungen an die Gleichwertigkeit sonstiger Beurkundungen ausländischer Stellen	194
c) Sonderfall „notary public“	195
 B. Erklärungen über die Anerkennung der Vaterschaft, § 59	
Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VIII	196
I. Beurkundung der Vaterschaftsanerkennung, §§ 1594, 1597 BGB	196
1. Rechtsnatur, Folgerungen und Abgrenzungen	196
a) Allgemeines	196
b) Person des Anerkennenden bei „Intersexualität“	198
c) Anerkennung der Vaterschaft zu bereits verstorbenem Kind	200
d) Adressatlosigkeit der Erklärung	201
e) Grundsätzliche Unwiderruflichkeit	202
f) Identische Rechtsfolgen bei vorgeburtlicher Anerkennung der Vaterschaft	202
aa) Grundsätzliches	202
bb) Abgrenzung zur Anerkennung vor Zeugung	203
cc) Mehrlingsgeburten	205
2. Namensbezeichnung des nach der Geburt anzuerkennenden Kindes	205
3. Anerkennung volljähriger Kinder	210
4. Bedingungsfeindlichkeit der Anerkennung	211
a) Grundsatz	211
b) Zulässige Rechtsbedingung bei noch anderweitig bestehender Vaterschaft	211
aa) Frühere BGH-Rechtsprechung hierzu	211
bb) nunmehr „schwebende Unwirksamkeit“ statt „Nichtigkeit“ der Anerkennung ...	212
c) Sonderfall: Scheidungsakzessorische Vaterschaftsanerkennung gem. § 1599 Abs. 2 BGB	212
aa) Rechtsgrundlage	212
bb) Konkrete Voraussetzungen	213
cc) Unmittelbare Rechtsfolge	215
dd) Unsicherheiten der Prognose zum Geburtszeitpunkt	215
ee) Jahresfrist nur für Anerkennungserklärung	216
ff) Widerrufsmöglichkeit für den „scheidungsakzessorisch“ Anerkennenden	216
5. Ausnahmsweiser Widerruf der Vaterschaftsanerkennung	218
6. Sonstige unzulässig gewollte Einschränkungen der Anerkennungswirkung	219

7. Fehlendes Anerkennungshindernis in bestimmten Fällen	220
a) anderweitige, noch nicht wirksam gewordene Vaterschaft eines Dritten	220
b) bereits vollzogene Adoption des anzuerkennenden Kindes	221
c) rechtskräftig abgelehnte Feststellung der Vaterschaft des Anerkennungswilligen aufgrund sachverständiger Begutachtung	221
8. Vaterschaftsanerkennung durch den biologischen „Nicht-Vater“	222
9. Anerkennung durch beschränkt Geschäftsfähige und Geschäftsunfähige	223
10. Fälle mit Auslandsberührung	225
a) Anknüpfungsoptionen für die maßgebende Rechtsordnung	225
b) deutsches Recht bei gewöhnlichem Kindesaufenthalt im Inland	225
c) Notwendige Anknüpfung an das Personalstatut	228
d) Konkurrierende Anknüpfungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Ergebnissen	229
e) Allgemeine Pflichten der Urkundsperson bei Vaterschaftsanerkennungen unter Ausländerbeteiligung	232
f) Besondere Prüfpflichten bei einschlägiger ausländischer Staatsangehörigkeit	232
aa) Etwaige weitere Zustimmungserfordernisse nach einem Heimatrecht	232
bb) Volljährigkeit des Anerkennenden	233
g) Ausdrückliche gewünschte „Anerkennung nach dem Heimatrecht“	234
11. Anerkennung durch einen Ausländer unter zweifelhaftem oder falschem Namen	236
a) Identität des Anerkennenden keine Wirksamkeitsvoraussetzung	236
b) Form und Inhalt nachträglicher Berichtigung von Identitätsangaben	237
12. Prüfung eines etwaigen Missbrauchs zur Erlangung aufenthaltsrechtlicher Vorteile (§ 1597a BGB)	240
a) Ziel und Vorgeschichte der Norm	240
b) Grundzüge der Regelung	242
c) Prüfungsobliegenheiten der Urkundsperson	244
d) Vollziehbare Ausreisepflicht	246
e) Fehlen einschlägiger persönlicher Beziehungen	246
f) Finanzielle Vorteile und frühere anderweitige missbräuchliche Anerkennungen	247
g) Schlussfolgerungen für die Urkundsperson	248
h) Möglicher Abbruch der Beurkundung durch Beteiligte	249
i) Aussetzungsverfahren	249
j) Form der Mitteilungen an Ausländerbehörde und Standesamt	251
k) Weiteres Vorgehen nach Entscheidung der Ausländerbehörde	252
l) Rechtspolitischer Ausblick	254
13. Belehrungen	254
a) Zweck und Inhalt	254
b) Besonderheiten bei ausländischen Anerkennungswilligen	255
14. Geschäftliche Behandlung des Urkundsvorgangs	256
a) Übersendung beglaubigter Abschriften an bestimmte Adressaten	256
b) Erfüllung der Vorgabe bei vorgeburtlicher Anerkennung	257

c) Besondere Benachrichtigungspflicht bei unverheirateten minderjährigen Müttern	258
d) Weiterer Sonderfall: Ergänzungspfleger für das Kind	259
e) Aussparung von mit der Anerkennung verbundenen Unterhaltsverpflichtungen	259
II. Beurkundung der Zustimmung der Mutter, § 1595 Abs. 1, § 1597 BGB	259
1. Neuregelung durch das KindRRG	259
2. Zustimmungserfordernis und Tod der Mutter	260
3. Zustimmung bei beschränkter oder fehlender Geschäftsfähigkeit der Mutter	261
4. Form und Zeitpunkt der Zustimmung	262
5. Adressatlosigkeit und fehlende Fristgebundenheit der Zustimmung	262
6. Belehrungen	262
7. Zustimmung der Mutter zu einer unter fremdem Recht erklärten Anerkennung der Vaterschaft	263
III. Beurkundung der Zustimmung des Kindes, § 1595 Abs. 2, § 1597 BGB	264
1. Ausnahmsweise Notwendigkeit der Zustimmung des Kindes	264
2. Beurkundungsbefugnis des Jugendamts	264
3. Zustimmung des geschäftsunfähigen und des in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Kindes	265
4. Legitimierter gesetzlicher Vertreter	265
5. Adressatlosigkeit und Unwiderruflichkeit der Zustimmung.	266
IV. Die öffentlich zu beurkundenden Zustimmungen des gesetzlichen Vertreters	266
1. Die gesetzlichen Fälle und ihre Gemeinsamkeiten	266
2. Volljährigkeit bei noch ausstehender Genehmigung des gesetzlichen Vertreters	267
3. Belehrungen	269
V. Anerkennung der Mutterschaft nach dem BGB im künftigen Recht	269
1. Vorbemerkung:	269
2. Erweiterte Beurkundungsbefugnis in § 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VIII-E	270
3. Materiellrechtliche Grundlage der Anerkennung der Mutterschaft in § 1591 BGB-E	271
a) Allgemeines	271
b) „Mitmutter“-Stellung als Ehefrau der Geburtsmutter	272
c) „Mitmutterschaft“ kraft Anerkennung	272
d) Festhalten am „Zwei-Eltern-Prinzip“	272
e) Keine gerichtliche Feststellung der „Mitmutterschaft“	273
f) Gerichtliche Anfechtung der „Mitmutterschaft“	274
4. Erklärung der Anerkennung der Mutterschaft	275
5. Zustimmungen	276
6. Belehrungen	276
a) zum Zustandekommen der Mutterschaft kraft Anerkennung	276
b) zu den Rechten und Pflichten der Mutter kraft Anerkennung	276

C. Beurkundung von Unterhaltsverpflichtungen, § 59 Abs. 1	
Satz 1 Nr. 3 SGB VIII	277
I. Die Verpflichtungserklärung	277
1. Wesen und rechtlicher Gehalt der Verpflichtungserklärung	277
a) Einseitige Willenserklärung und hieraus folgende Gläubigerrechte	277
b) Verfestigung zu vertraglicher Bindung des Schuldners	278
aa) Bei vorheriger Einigung über den Unterhalt	278
bb) Bei nachträglicher Gläubigerakzeptanz des einseitig titulierten Unterhalts	278
c) Keine bindende einseitige Unterhaltsfestsetzung gegen den Gläubigerwillen	279
d) Angemessene Gläubigerreaktion auf willkürliche Beurkundungen	280
e) Verhalten der Urkundsperson bei Titelnrücksendung durch den Gläubiger	281
2. Reichweite der Beurkundungsermächtigung	282
a) Allgemein	282
b) für die Vergangenheit	284
c) für die Zukunft	285
aa) Keine Beschränkung auf Minderjährigenunterhalt	285
bb) auch über das 21. Lebensjahr hinaus	285
d) Person des Unterhaltspflichtigen	286
3. Übergang auf einen Rechtsnachfolger	287
4. Unterhalt als Festbetrag oder dynamisiert anhand des Mindestunterhalts	290
a) Vom „Regelbetragsunterhalt“ zum „Mindestunterhalt“	290
b) Höhe und Anpassung des Mindestunterhalts	291
c) Bedeutung der Haushaltszugehörigkeit des Kindes	292
d) Alternative: statischer bzw. Festbetragsunterhalt	292
e) Praxisbedeutung des dynamisierten Unterhalts	292
5. Anspruch des Kindes auf dynamisierten Titel	293
a) Verbindliches Wahlrecht des Kindes	293
b) Notwendige Feststellung des Gläubigerwillens bei vermeintlich unklaren Äußerungen	294
c) Zeitpunkt der Ausübung des Wahlrechts	295
d) Gläubigerrechte bei eigenmächtiger Festbetragstitulierung durch Schuldner	295
e) Konsequenzen für Belehrung und Beurkundungspflicht der Urkundsperson	296
6. Festlegung des Mindestunterhalts; keine Begrenzung auf Minderjährigkeit	296
7. Bedeutung der Düsseldorfer Tabelle	299
8. Anrechnung kindbezogener Leistungen; zulässige Dynamisierung auch des anzurechnenden Kindergeldes	300
9. Formulierungsvorschlag einer Verpflichtungserklärung auf dynamisierten Mindestunterhalt	303
a) Grundsatz	303
b) Erläuternde Angabe der sich aktuell ergebenden Zahlbeträge	303
c) Berechnung des Kindesunterhalts für den Monat der Geburt	304

d) Allgemeine Verschönerungsmöglichkeit der Beurkundungsformel	306
e) Fehlerquellen in Bezug auf die Bestimmtheit des Titels	306
10. Unterhaltsverpflichtung und Geschäftsgrundlage	309
11. Bezeichnung des Empfangsberechtigten	315
12. Fälligkeit, Rückstände; Mehr- und Sonderbedarf; Zinsen	317
a) Fälligkeit des Unterhalts	317
b) Verrechnung von Zahlungen auf laufenden Unterhalt oder Rückstände	318
c) Sonderbedarf	319
d) Mehrbedarf	319
e) Verzugszinsen	321
13. Sonderfälle von verfehlten Beurkundungswünschen	323
14. Verpflichtungserklärungen im Falle beschränkter Geschäftsfähigkeit und Geschäftsunfähigkeit	324
15. Die Frage nach der Notwendigkeit familien- bzw. betreuungsgerichtlicher Genehmigung	326
a) Grundsatz	326
b) Genehmigungsbedürftigkeit wegen wiederkehrender Leistungen über das 18. Lebensjahr hinaus?	326
c) Genehmigungsbedürftigkeit als „Vergleich“?	327
16. Ersetzungsbeurkundungen	328
a) Allgemeines	328
b) Erforderliches Einvernehmen	329
c) Verhaltensempfehlungen für die Urkundsperson in Zweifelsfällen	330
d) Eventuelle Herausgabepflicht bezüglich der ersetzten vollstreckbaren Ausfertigung ..	335
e) Keine Beurkundung über „null EUR“	335
f) Notwendige Klarheit über zu ersetzenden Titel	336
17. Prüfung der Angemessenheit des vom Verpflichtungswilligen zugestandenen Unterhalts?	337
18. Fälle mit Auslandsberührung	338
a) Allgemeines	338
b) Wesentliche Kollisionsnormen	340
19. Anrechnung von Kindergeld bei im Ausland lebenden Elternteilen	342
II. Die Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung, § 60 SGB VIII	343
1. Rechtsnatur und Anwendungsfälle	343
2. Erfordernisse nach § 60 Satz 1 SGB VIII	344
3. Simultangebot für Verpflichtung und Unterwerfung?	345
4. Über § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO maßgebende Bestimmungen des Vollstreckungsrechts (insbesondere Wartefrist des § 798 ZPO)	346
5. Belehrungen	347
6. Die Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung bei beschränkter Geschäftsfähigkeit bzw. Geschäftsunfähigkeit	347
7. Die Vollstreckungsklausel und ihre Erteilung	347

8. Die Erteilung der Vollstreckungsklausel in Abhängigkeit vom Wirksamwerden einer Vaterschaftsanerkennung	350
9. Die Erteilung der Vollstreckungsklausel als antragsgebundener Akt	353
a) Antragberechtigungen	353
b) Erteilung an unterhaltsberechtigtes Kind bei gesetzlicher Vertretung	356
c) Keine Aushändigung der vollstreckbaren Ausfertigung an Schuldner	357
10. Mehrere vollstreckbare Ausfertigungen (§ 733 ZPO)	360
a) Grundsatz	360
b) Antrag und Voraussetzungen	361
c) Anhörung des Schuldners	364
d) Notwendige Anweisung des Amtsgerichts	365
e) Rechtsbehelfe	367
11. Die Zustellung der vollstreckbaren Unterhaltsverpflichtung	368
12. Klauselerteilung in Fällen von Rechtsnachfolge	371
a) Allgemeines	371
b) Antragsvoraussetzung	371
c) Vorlage der bisher erteilten vollstreckbaren Ausfertigung	371
d) Nachweis der Rechtsnachfolge	373
13. Rechtsnachfolge auf Privatpersonen (insbesondere nachrangig Unterhalt leistende Verwandte)	374
a) Grundsätzliches zur gesetzlichen Rechtsnachfolge	374
b) Abtretung als Ausweichlösung	376
c) Sonstige Fälle der Rechtsnachfolge auf Privatpersonen auf Gläubiger- und Schuldnerseite	376
d) Nachweis der Rechtsnachfolge auf private Gläubiger	376
aa) Allgemeine Voraussetzungen	376
bb) Nachweis der erbrachten Unterhaltszahlungen	378
14. Rechtsnachfolge auf Sozialleistungsträger	379
a) Kein Erfordernis zur Vorlage des Bewilligungsbescheids	379
b) Entbehrlichkeit des Nachweises der Rechtswahrungsanzeige	382
c) Nachweis der vom Rechtsnachfolger erbrachten Leistungen	383
d) Notwendigkeit des formgerechten Nachweises	385
aa) Grundsatz	385
bb) Begriff der öffentlichen Urkunde und der öffentlichen Beglaubigung	385
cc) Problem der Beurkundungsbefugnis von Jobcentern	388
dd) „Beglaubigung“ durch allgemein hierzu ermächtigte Urkundspersonen statt Zeugnisurkunde der Behörde	390
e) Zur Frage einer sozialrechtlichen Vergleichsberechnung	391
aa) Hintergrund der Problematik	391
bb) Meinungsstand vor der höchstrichterlichen Entscheidung	392
cc) Inhalt und Folgen der Klärung durch den BGH	393

f) Sonderfall Rechtsnachfolge nach § 37 BAföG	396
aa) Grundsatz des Anspruchsübergangs nach § 37 BAföG	396
bb) Prüfungspflicht der Urkundsperson	396
cc) Einschränkung des Anspruchsübergangs durch Anrechenbarkeit des Elterneinkommens	397
dd) Handlungsempfehlungen für die Urkundsperson	397
g) Kein „Rechtsschutzbedürfnis“ für zeitnahe Umschreibungsanträge	399
15. Anhörung des Schuldners vor Umschreibung	399
a) Grundsatz	399
b) Inhalt der Anhörung	400
c) Mögliche Einwendungen des Schuldners	402
d) Belehrung über erfolglose Einwendungen gegen die Umschreibung	404
e) Bedeutung eines Vollstreckungsverzichts für die Rechtsnachfolgeklausel	405
16. Allgemeines zum Vorgehen bei der Titelumschreibung	407
a) Fassung der Rechtsnachfolgeklausel bei Vollübergang der Forderung	407
b) Erneute Zustellung an Schuldner	408
17. Rechtsnachfolgeklausel bei Teilübergang der Forderung	409
a) Allgemeines	409
b) Konkretes Vorgehen bei der Teilumschreibung	409
18. Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel, § 731 ZPO	412
a) Zweck des Rechtsbehelfs	412
b) Abgrenzung zur Beschwerde gegen die Nichterteilung der Klausel	413
c) Rechtsnatur der Klage und Gläubigervorbringen	413
d) Rechtsbehelfsbelehrung durch die Urkundsperson	413
e) Titelumschreibung nach Anordnungsurteil	414
19. Rechtsbehelf des Schuldners gegen Erteilung der Vollstreckungsklausel: Erinnerung gem. § 732 ZPO	414
20. Sonderprobleme der Rechtsnachfolge auf der Gläubigerseite	415
a) Mehrere Rechtsnachfolgeprätendenten	415
b) rückwirkende Abänderung des umgeschriebenen Titels durch Gerichtsbeschluss	416
21. Rechtsnachfolge auf der Schuldnerseite	417
III. Mitwirkung der Urkundsperson bei der Vorbereitung der Auslandsvollstreckung	418
1. Vorbemerkung	418
2. Grundsatz Exequaturverfahren	418
3. Vollstreckbarerklärung nach der EuGVO	419
4. Bestätigung von Urkunden als Europäischer Vollstreckungstitel gem. §§ 1079 ff. ZPO	420
a) Begriff des Europäischen Vollstreckungstitels	420
5. Auswirkungen der EG-Unterhaltsverordnung (EuUnterhVO).	422
6. Bezifferung von Urkunden gem. § 245 FamFG	425
a) Zweck und Gegenstand der Bezifferung	425
b) Zuständigkeit und Verfahren	427

c) Rechtsnatur der Bezifferung	428
d) Wortlaut der Bezifferung	429
e) Rechtsbehelfe	430
D. Sonstige Urkundsgeschäfte im Jugendamt, § 59 Abs. 1 Nr. 2, 4, 6 bis 9 SGB VIII	431
1. Beurkundung der Verpflichtung zur Erfüllung von Ansprüchen zwischen den Eltern nach § 1615I BGB (§ 59 Abs. 1 Nr. 4 SGB VIII)	431
a) Gesetzeszweck und Bedeutung des Anspruchs aus § 1615I Abs. 2 BGB	431
b) Voraussetzungen des Anspruchs	432
c) Höhe des Unterhalts	432
d) Feststellung der Vaterschaft als Voraussetzung der Vollstreckungsklausel	434
e) Die Verpflichtungserklärung des beschränkt Geschäftsfähigen und des Geschäftsunfähigen	435
f) Die Vererblichkeit des Anspruchs und die Verpflichtungserklärung des Erben	435
g) Fälle mit Auslandsberührung	435
h) Beurkundung zugunsten des Rechtsnachfolgers	436
i) Mögliche Neuregelung des § 1615I BGB durch die Reform des Abstammungsrechts	436
II. Beurkundung der Anerkennung der Mutterschaft, § 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB VIII	438
1. Grundsätzliches	438
2. In Betracht kommende ausländische Rechtsordnungen	439
3. Voraussetzungen	439
4. Beurkundung der Zustimmung des Vaters zur Mutterschaftsanerkennung	441
III. Bereiterklärung zur Annahme eines zur internationalen Adoption vorgeschlagenen Kindes	444
1. Rechtlicher Zusammenhang der Erklärung	444
2. Inhalt und Rechtsfolgen der Bereiterklärung	445
IV. Beurkundung des Widerrufs der Einwilligung in die Adoption durch das Kind im Falle des § 1746 Abs. 2 BGB (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SGB VIII)	448
V. Beurkundung des Verzichts des „nichtehelichen“ Vaters im Adoptionsverfahren auf die Übertragung der Sorge gem. § 1747 Abs. 3 Nr. 3 BGB (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 SGB VIII)	449
VI. Beurkundung der Sorgeerklärungen der nicht miteinander verheirateten Eltern gem. § 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 SGB VIII)	450
1. Ausgangspunkt Alleinsorge der Mutter und Begründung der gemeinsamen Sorge	450
2. Rechtsnatur und Wirksamwerden der Sorgeerklärung	451
3. Inhalt der Sorgeerklärung	453
4. Unzulässigkeit von Bedingung oder Befristung; vorgeburtliche Sorgeerklärung	456
5. Keine entgegenstehende gerichtliche Sorgeregelung	457
6. Keine anderweitigen Unwirksamkeitsgründe; vorangegangener Sorgeeingriff gegenüber der Mutter	457

7. Höchstpersönlichkeit der Erklärung; Geschäftsfähigkeit und Zustimmungserfordernisse ...	462
8. Beurkundung und Belehrung	466
9. Sonderfall: Beurkundung von Sorgeerklärungen bei deutschen Auslandsvertretungen	468
10. Datenschutzrechtliche Aspekte der Beurkundung von Sorgeerklärungen	469
11. Mitteilungspflichten; Sorgeregister	470
a) Grundsätze und Zuständigkeiten	470
b) Zweck des Sorgeregisters Sorgeregister (§ 58a bzw. künftig § 58 SGB VIII)	470
c) Örtliche Zuständigkeit für das Sorgeregister; Antrag auf Auskunft hieraus	472
d) Gerichtliche Entscheidungen als Auskunftsgegenstand des Sorgeregisters	473
e) Form der Mitteilung	477
f) Formulierungsbeispiel für eine Registerrückmeldung	479
g) Sonderfälle der Eintragung und Löschung im Sorgeregister sowie der Auskunftsverteilung	481
aa) Unwirksame Erklärungen	481
bb) Heirat der Eltern	481
cc) Anfechtung der Vaterschaft	482
dd) Tod des Vaters	483
ee) Geschlechtsumwandlung des Elternteils	483
ff) Geschlechtsumwandlung des Kindes	484
gg) Kind in einer gleichgeschlechtlichen Ehe zweier Frauen ohne rechtlichen Vater ..	485
h) Datenschutzrechtliche Aspekte des Sorgeregisters	487
aa) Organisatorisches	487
bb) Löschung	487
cc) Datenschutzrechtliche Auskunftsansprüche über Eintragungen	488
dd) Zur weiteren Aufbewahrung von Mitteilungen nach der Eintragung	488
i) Befugnis zur Verweigerung einer Auskunft nach § 58 a Abs. 2 SGB VIII	489
j) Sonderfall: Umzug einer Mutter mit einem im Ausland geborenen Kind ins Bundesgebiet	490
aa) Grundsätze des Fortbestands eines im Ausland begründeten Sorgeverhältnisses	490
bb) Nachweisproblematik bei gemeinsamer Sorge	491
cc) Nachweisproblematik bei Alleinsorge	492
dd) Konkreter Verdacht auf unwahre Angabe der Mutter: „nicht verheiratet“	496
k) Rechtsbehelf gegen die Ablehnung einer beantragten Auskunft nach § 58 a Abs. 2 SGB VIII	496
VII. Beurkundung einer Erklärung des auf Unterhalt in Anspruch genommenen Elternteils nach § 252 FamFG (§ 59 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 SGB VIII)	497

Zweiter Titel: Beurkundungen anderer Stellen

I. Notare	503
1. Grundlagen der Befugnisse des Notars	503
2. Konkurrierende Zuständigkeit und notarielle Besonderheiten	503
a) Grundsatz	503
b) Anerkennungen der Vaterschaft im eherechtlichen Kontext	504
c) Anerkennungen der Vaterschaft im notariellen Testament	504
d) Besonderheiten im Rahmen von § 59 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII	505
e) Namensrechtliche Beglaubigungen durch den Notar	506
f) Adoptionsrecht	506
aa) Adoptionsantrag	507
bb) Einwilligung	508
cc) Auslandsberührung	509
dd) Antrag auf Aufhebung der Adoption	510
4. Rechtsbehelf gegen Ablehnung der Urkundstätigkeit	510
5. Gebührenfreiheit	510
II. Konsularbeamte	511
1. Grundsätze	511
2. Versagung der Amtstätigkeit	512
3. Aussetzung der Beurkundung nach § 1597a BGB	513
4. Beurkundungshindernis durch Fortgeltung des deutsch-sowjetischen Konsularvertrags	514
5. Keine Erteilung von vollstreckbaren Ausfertigungen	514
6. Kosten konsularischer Beurkundungen	516
III. Gerichte (Amtsgericht, Verfahrensgericht der Vaterschaftsfeststellung)	517
1. Grundsatz der Beurkundungsbefugnis des Amtsgerichts	517
2. Umfang der Beurkundungsermächtigung	517
3. Örtliche Zuständigkeit und Gebührenfreiheit	518
4. Funktionale Zuständigkeit und Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung	518
5. Verfahrensgericht	520
a) Grundsätzliches	520
b) Erklärung im Erörterungstermin	520
c) Beurkundung von Sorgeerklärungen vor dem Familiengericht	521

IV. Standesämter	523
1. Konkurrierende Beurkundungszuständigkeiten	523
2. Exklusivzuständigkeiten	523
3. Örtliche Zuständigkeit	524
4. Anzuwendendes Verfahrensrecht	525
5. Gebühren und Auslagen	526

**Anhang I:
Gesetztestexte in Auszügen**

1. SGB VIII	527
2. Beurkundungsgesetz (BeurkG)	530
3. Konsulargesetz	546
4. Personenstandsgesetz (PStG)	547
5. FamFG	552
6. ZPO	553

Anhang II: Protokollierungshilfen für Sonderfälle

1. Anerkennung der Mutterschaft	555
2. Fehlende Unterlagen; Vaterschaftsanerkennung durch Betreuer eines Geschäftsunfähigen	556
3. Zuziehung eines Dolmetschers	557
4. Förmliche Zurückweisung eines Antrags auf eine Amtshandlung der Urkundsperson (hier: Rechtsnachfolgeklausel)	559
Stichwortverzeichnis	561